

Liebe Anwesende,
wir demonstrieren hier zusammen aus Solidarität mit Domenico Lucano, dem Bürgermeister von Riace, der eine Willkommenskultur und ein lebendiges Beispiel für gelungene Integration von vielen Geflüchteten in einer Stadt vorgelebt hat.

In Riace haben viele hundert Menschen in den letzten Jahren Aufnahme gefunden und sind geblieben oder von da aus weiter gezogen. An dieser Gemeinde in Süditalien können wir alle uns ein Beispiel nehmen, wie es gelingen kann, eine humane Aufnahmekultur zu gestalten.

Wir hier in Freiburg sind in vielen Bereichen gar nicht für alles selbst verantwortlich bzw. haben nicht auf alles selbst Einfluss – wie zum Beispiel auf den extrem schlecht funktionierenden Familiennachzug, der so für unfassbar viel Leid sorgt. Zwei Jahre lang durften subsidiär geschützte Geflüchtete ihre Familien nicht nach Freiburg und damit in Sicherheit bringen – seit wenigen Monaten dürfen sie es. Allerdings sind die bürokratischen Hürden so hoch, dass es nur sehr wenige Beispiele gibt, in denen das gelingen konnte. Alle anderen warten und bangen weiter, ob ihre Angehörigen einigermaßen gesund überleben, machen sich Sorgen, versuchen den Kontakt zu halten, die Hoffnung auf ein Wiedersehen nicht zu verlieren und gleichzeitig ihr Leben hier wenigstens einigermaßen auf die Reihe zu bekommen. Viele von uns können sich kaum vorstellen, welche enorme Belastung das ist. Ich fordere an dieser Stelle die Mitglieder der Regierungsparteien auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die bürokratischen Hürden so abgebaut werden, dass die Familien endlich zusammen kommen können und in Sicherheit und Ruhe ihr Leben hier gestalten können. Ich fordere aber auch alle anderen Mitglieder von Parteien, die im Bundestag sitzen dazu auf, sich innerhalb ihrer Parteien für einen endlich stattfindenden Familiennachzug einzusetzen. Und selbstverständlich fordere ich auch die Bundesregierung direkt auf, den Familiennachzug endlich zu ermöglichen und das Leid der Familien zu beenden.

In Freiburg haben wir zum Beispiel Einfluss auf den Umgang mit Geflüchteten, die in städtischen Unterkünften leben. Unser Ziel muss es sein, dass einerseits die Aufenthaltsdauer in den Wohnheimen so kurz wie möglich sein wird, wofür wir bezahlbare Wohnungen brauchen. Wir haben auch Einfluss darauf, dass die Gebühren in den Wohnheimen bezahlbar sind und nicht schwindelerregende Höhen erreichen bzw. auf einer Höhe bleiben, die sich weit jenseits aller Mietspiegelpreise befindet – all dies liegt in der Macht der Kommune. Dafür brauchen wir einen starken Gemeinderat, der sich dafür einsetzt und dies auch durchsetzt.

Wir brauchen generell einen starken Gemeinderat mit einer klaren Linie gegenüber Geflüchteten. Ich schaudere, wenn ich sehe, wer im Moment alles über Abschiebungen sogar nach Syrien spekuliert – und mir läuft es kalt den Rücken herunter, dass das nicht nur ein baden-württembergischer Innenminister Strobl sondern sogar unser neu gewählter Oberbürgermeister Horn macht. Als Gegengewicht dafür brauchen wir eine

starke Öffentlichkeit und dringend den Gemeinderat. In den letzten Jahren hat unser Gemeinderat zweimal eine Resolution verabschiedet, in der er sich klar schützend vor die Menschen stellt, die auf ihrer Flucht nach Freiburg gekommen sind und worin er die Landesregierung dazu aufruft, keine Abschiebungen aus Freiburg vorzunehmen. Diese Resolutionen waren jeweils einstimmig.

Dass nun mit den Worten von OB Horn ein ganz anderer Zungenschlag aus dem Rathaus kommt, muss uns aktiver werden lassen zum Schutz der Geflüchteten in Freiburg. Im OB-Wahlkampf habe ich mich dafür ausgesprochen, dass Freiburg eine Solidarity City werden soll – wie unsere Partnerstadt Madison in den USA das ist und wie Riace eine ist. Beispielsweise müssen wir Möglichkeiten zur anonymen Gesundheitsberatung und –versorgung unterstützen und bekannt machen, wie z.B. medinetz oder die Traumaberatung Refugium. Dafür stehe ich noch immer!

Deswegen möchte ich zum Schluss noch einmal klar zur Solidarität mit dem Bürgermeister von Riace aufrufen, zur Solidarität mit Geflüchteten in Freiburg – und zum Widerstand gegen eine populistische Instrumentalisierung des abscheulichen Verbrechens, das vor vier Wochen in Freiburg durch eine Gruppe von Männern verübt wurde, von denen wohl die überwiegende Mehrheit Geflüchtete waren. Dass dieses Verbrechen geahndet gehört, ist ohne Frage. Dass wir zusammenstehen müssen gegen sexualisierte Gewalt ist ebenfalls ohne Frage. Dass wir zusammenstehen müssen für eine offene Gesellschaft, in der niemand wegen des Aussehens, des Passes, der Religion, der geschlechtlichen Identität, der sexuellen Identität, des Inhalts des Geldbeutels oder des Aufenthaltsstatus ausgegrenzt oder gefährdet wird, muss unsere gemeinsame Forderung sein. Stehen wir zusammen und setzen uns mit aller Kraft ein für ein Freiburg für alle!

Monika Stein (Grüne Alternative Freiburg)